

SPD: Wenzel treibt Gemeinde in Ruin

27.03.2015

ENKENBACH-ALSENBOHN: Attacken auf Ortsbürgermeister wegen Finanzschieflage bei Werken

Wie prekär ist die finanzielle Lage der Gemeinde Enkenbach-Alsenborn? Eine Frage, die in der Sitzung des Gemeinderats am Mittwochabend zwar nicht beantwortet, aber sowohl von der SPD-Fraktion als auch von Goswin Förster (FDP) mit eigenen Anträgen thematisiert wurde. Ortsbürgermeister Jürgen Wenzel (CDU) verlas den SPD-Antrag, ließ aber die Passage weg, in der es um konkrete Zahlen ging, denn dies erachte er bislang als nicht-öffentlich. Die Sozialdemokraten werfen Wenzel schwere Versäumnisse vor.

Bekannt ist, dass die Gemeinde jährlich teils enorme Defizite ihrer Werke, die vor allem durch das Biomasse-Heizkraftwerk verursacht werden, auffangen muss. Deshalb gerät die Kommune immer stärker in eine finanzielle Schieflage. Wir beantragen unverzüglich, den Bericht des Jahresabschlusses und den Lagebericht zum 31. Dezember 2013 der Gemeindegewerke Enkenbach-Alsenborn im Werksausschuss und sofort anschließend in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung

zu beraten“, schreibt die SPD-Fraktion in ihrem Antrag, der der RHEINPFALZ auszugswise vorliegt.

Als Begründung für den Antrag nennen die Sozialdemokraten den Bericht des Wirtschaftsprüfers, aus dem klar hervorgeht, dass die Gemeindegewerke Enkenbach-Alsenborn zahlungsunfähig seien und somit als Privatbetrieb insolvent wären. Bei einem Tilgungssatz von zwei Prozent wäre das Kraftwerk laut Wenzel in 22, 23 Jahren bezahlt“, das entspreche ungefähr dem Engagement privater Hauslehaber. greift die SPD Aussagen des Ortsbürgermeisters auf, die er gegenüber der RHEINPFALZ gemacht hatte.

„Trotz der hohen Schulden, die das Werk der Gemeinde beschert hat, sehe er dies nicht als Fehlentscheidung“, so die SPD, die auch die Frage aufwirft, ob Wenzel tatsächlich nicht begriffen habe, wie er mit dem Biomasse-Heizkraftwerk und der Wärbach-Alsenborn in den finanziellen Ruin getrieben habe. Bis Schwarze Zahlen in 20 bis 22 Jahren geschrieben werden könnten, müsste die Kommune

die entstehenden Jahresverluste vollständig aus Haushaltsmitteln ausgleichen. Der Haushalt rutsche deshalb Jahr für Jahr immer tiefer in die Roten Zahlen und die Gemeinde könne ihre wichtigsten Aufgaben nicht mehr erfüllen, beklagt die SPD.

Die SPD fordert, dass die Gemeinde im Notfall einen Insolvenzverwalter engagiert.

Wenzel wird von den Sozialdemokraten zudem vorgeworfen, seine Wahlaussagen nicht eingehalten zu haben. Die SPD verweist auf ein Schreiben der Kommunalaufsicht der Kreisverwaltung Kaiserslautern vom 12. Februar, in dem auf die hohen Schulden der Gemeinde Enkenbach-Alsenborn abgehoben werde. „Wir müssen versuchen, einen Käufer für die verlustreichen Bereiche der Werke, das Biomasse-Heizkraftwerk und die Wärmeversorgung, zu finden, damit die dann noch verbleibenden Wertordnungsgemäß weitergeführt werden können“, formuliert die SPD

die wichtigste Forderung ihres Antrags. Notfalls müsse die Gemeinde einen „Insolvenzverwalter“ anfordern, denn es sei wichtig, dass sich die Kommune finanziell erhole.

In die gleiche Richtung geht auch der Antrag von Goswin Förster (FDP), der sich ebenfalls für einen Verkauf der verlustträchtigen Teile der Werke ausspricht. Als Alternative bringt Förster auch den Verkauf der gewinnbringenden Werksteile an die Verbandsgemeinde ins Gespräch. Mit dem Erlös könnten die Bankschulden des Biomasse-Heizkraftwerks und des Schwimmbads beglichen werden, so das Kraftwerk eventuell aus der Verlustzone gebracht werden, schreibt Förster, der hervorhebt, dass durch den jährlichen Verlustausgleich von 1,5 bis 2,5 Millionen Euro seit 2005 die Gemeinde in einen Schuldenstumpf gezogen worden sei. Kommentieren wollte Wenzel beide Anträge nicht, er sicherte aber zu, sie zur Beratung auf die Tagesordnung der Ausschüsse und des Rats zu heben. Ob dies öffentlich passieren werde, ließ er allerdings in der Sitzung offen. (jös)